



## **Bewerbung als Kandidat für die Wahl zum Europäischen Parlament**

**Ralph Thomas Niemeyer**

### **Wofür ich stehe und brenne:**

Nicht oft war es in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg von größerer Bedeutung als im Mai 2014, in Solidarität miteinander verbunden zu sein, über alle Grenzen hinweg, denn seit dem Mai 1945 war der Weltfrieden selten so bedroht, wie heute. Viel, nicht alles, hängt davon ab, wie die Europäische Union sich in dieser Krise bewährt. Wir dürfen es nicht zulassen, daß man uns die Utopie nimmt, eine EU auf Basis von Menschenrechten, sozialem Ausgleich, Frieden, Solidarität und Humanismus zu schaffen trotz der Wirtschaftskrise.

Wir dürfen nicht denen Glauben schenken, die sich in unser Vertrauen schleichen, indem sie vordergründig Banken und Politiker kritisieren, eigentlich aber eigene Interessen verfolgen und uns einreden, die Schulden der Banken und Spekulanten seien der angeblichen Mißwirtschaft von Süd- und Osteuropäischen Mitgliedsstaaten geschuldet. Eine fehlende gemeinsame Steuerpolitik hinsichtlich von Vermögenssteuern, Unternehmensbesteuerung und Finanztransaktionssteuer, sowie die völlige Deregulierung der Finanzbranche haben Spekulationsblasen entstehen lassen, die das Weltwirtschaftssystem aus den Fugen geraten ließ. Die Schlußfolgerung, ein jeder Staat wäre besser auf sich selbst gestellt und der Euro wäre zwangsläufig eine Last, die wir mit der Rückkehr zu einer eigenen Währung leicht loswerden könnten, ist geistige Brandstiftung und Wasser auf den Mühlen jener Kreise, deren Vorfahren schon vor 80 Jahren mit aller Gewalt die deutsche Vorherrschaft durchsetzen wollten und sich auch heutzutage mit einer aus dem Boden gestampften Partei verdingen Euro-Apartheid und Wirtschafts-Stalinismus durchzuputschen. Es ist wahrlich eine Gradwanderung für uns LINKE, einerseits den Euro und das mit ihm verknüpfte Wirtschaftssystem zu kritisieren, und dennoch nicht dem platten Anti-Euro – Populismus Raum zu geben.

Wir müssen für ein soziales Europa kämpfen. Mindeststandards müssen bei Löhnen, Sozialleistungen, ArbeitnehmerInnenschutz, Renten und Pflege in der Form garantiert werden, daß Menschenwürde und soziale Teilhabe für alle Menschen gewährleistet wird. Für Deutschland heißt dies konkret die Abschaffung von Hartz IV, die Rückkehr zum ursprünglichen Sozialsystem und die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, sowie die Rückkehr zur Rentenformel der 80er Jahre und eine paritätisch finanzierte Pflegevollversicherung. Dies ist auch EU-weit finanzierbar und durchsetzbar, da die Produktivität ständig gesteigert wird!

Wenn das [Wirtschaftssystem](#) so offensichtlich versagt hat, dann darf uns doch nicht auch noch der gesunde Menschenverstand abhanden kommen! Auch Linke scheinen davor nicht gefeit, sehen wir gerade, aber wir dürfen uns nicht einreden lassen, es liege an der Währung, dem Euro, daß das Wirtschaftssystem scheitert, denn es liegt daran, daß überkommene kapitalistische Produktionsweisen die Menschen drangsaliieren, korrumpieren und ins Elend stürzen. Wenn uns eingeredet wird, es sei "[alternativlos](#)" Staaten, die die Schulden von ihren und ausländischen Banken aufgebürdet bekommen haben, "retten" zu müssen, um diesen hernach ein ruinöses Entschuldungskorsett aufzuzwingen, dann dürfen wir dafür doch nicht die Werkzeuge verantwortlich machen sondern müssen diejenigen, die sie benutzen zur Rechenschaft ziehen!

Ich hatte schon lange vor Ausbruch der [Finanzkrise](#) in [Buchveröffentlichungen](#) und [Zeitungsartikeln](#) vor der Überschuldung gewarnt und den damaligen Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquin [Almunia](#) mit den Fakten konfrontiert, häufig unter dem abfälligen [Gemurmel](#) meiner Kollegen in Brüssel, die erst auf den Zug aufsprangen, nachdem ich im Oktober 2008 im Elysée Palast für einen Eklat mit meiner Frage gesorgt hatte, wie viele Banken denn noch krachen müßten, bis einer mal das [Casino](#) schließen würde.

Natürlich wäre es möglich, den Euro als eine nach Innen starke Währung zu etablieren, in dem man die Kaufkraft der 500 Millionen Europäer stärkt, die Sozialsysteme wiederherstellt, Löhne und Renten der Produktivitätssteigerung vergangener Jahrzehnte anpaßt und vor allen Dingen die Produktionsverhältnisse neu definiert, damit unsere Wirtschaft nicht nur für Profit produziert, sondern für den tatsächlichen Bedarf und nicht bloß kreditfinanzierte künstlich geschaffene Nachfrage. Nur so kann sichergestellt werden, daß unsere Wirtschaft nicht mehr solch eine Unmenge an Schrott produziert sondern nachhaltig und umweltverträglich hochwertige Gebrauchsgüter für Alle. Im Sozialismus hieß es einst, wir würden alles bekommen, was wir bräuchten, im Kapitalismus ist es umgekehrt: es heißt, wir würden alles brauchen, was man uns aufschwätzt. Jedes Smartphone besitzt inzwischen mindestens einen Menschen! Wenn die Wachstumslogik eines Wirtschaftssystems, welches Profit um jeden Preis verlangt, auf Zins und Zinseszins aufgebaut, bedeutet, ein ruinöses Wachstum unserem Planeten zuzumuten oder gar Kriege, die ja ebenfalls als "Wachstum" zu Buche schlagen, dann feilscht man doch nicht um den Preis, sondern stellt das System in Frage!

Die Gefahren des [Faschismus](#) sind imminent, wie das Beispiel Ungarn zeigt. Ich rufe daher alle Genossinnen und Genossen, Freunde und Sympathisanten auf, sich an der Rettung unseres gemeinsamen Europäischen Projektes zu beteiligen und für eine soziale, basisdemokratische, auf Inklusion beruhende EU ohne Rassismus, Haß, Zerstörung, Krieg und Korruption einzutreten.

Für mich, einen jahrzehntelangen Kritiker der EU und des Euro, bedeutet es viel, heute für EU und Euro zu werben, verbunden mit der Forderung nach der Einführung eines neuen Wirtschaftssystemes, welches ich als einzige Alternative sehe. Bitte, laßt es nicht zu, daß wir eines Tages vor den Trümmern Europas stehen und unseren Kindern und Enkeln auf die Frage warum wir

diese Gelegenheit haben vorbeiziehen lassen nichts zu antworten haben außer den unreflektierten Propagandaphrasen von Rechten und linken Querfrontlern, sondern laßt uns rufen "Wir!", wenn Rosa Luxemburg fragt "Wer?" und "Jetzt!", selbst wenn die Frage "Wann?" nicht mehr gestellt werden sollte.

Ein großes Vorbild ist für mich Lothar Bisky, mit dem ich viele gute Gespräche führen durfte, schon Mitte der 90er Jahre, als es in unserer Partei oft nicht einfach war, einen Gesprächskanal offen zu halten. Unser letztes Gespräch liegt schon über ein Jahr zurück. Als Film-Kollegen, wie auch als Politiker und aufrechten Sozialisten habe ich Lothar Bisky stets bewundert und werde seine Arbeit fortsetzen, entweder als Parlamentarier, oder eben als Dokumentarfilmer.

Ich bitte Euch um Euer Vertrauen und Eure Unterstützung!

Solidarische Grüße,

Euer

A handwritten signature in black ink that reads "Ralph Kunze". The signature is written in a cursive style. To the right of the signature, there is a vertical yellow rectangular mark, possibly a stamp or a piece of tape.

### **Biographisches:**

Geboren am 09. Oktober 1969 in Berlin (West), aufgewachsen in Bonn, Grundschule, Gymnasium (Schülersprecher und Schülerzeitungsredakteur, Veranstalter von Podiumsdiskussionen mit Bundestagsabgeordneten, Interviews mit Petra Karin Kelly u.a., Aktivist bei Friedens- & Anti-Atom-Demos der 80er Jahre), Fach-Abitur, später Abitur, Studium der Philosophie in Bonn, Ausbildung zum Wirtschaftsredakteur in den USA. Produktionsassistent bei dokumentarischen deutsch-sowjetischen Spielfilm-Ko-Produktionen „[Das Duell des Alexander Puschkin](#)“, „Schatten über Moskau“, „Straße zum Paradies“, „Im Zeichen des Skorpions – Das Leben des Maxim Gorki“, Autor und Regisseur der Dokumentarfilme über Michail Gorbatschow („Kein Frieden. Niemals“), [Nelson Mandela](#) („Ballade of the Stone“), Finanzkrise in Argentinien („The White Train“), [Hugo Chávez](#) („[Factor CH](#)“), ausführender Produzent bei dem Spielfilm „[The Consul of Bordeaux](#)“ über die Rettung von 30,000 Menschen während des Zweiten Weltkrieges, Regisseur der Dokumentarfilme „[Hibakusha](#)“ über die Atomkatastrophe von Fukushima und „[Das Märchen der Deutschen](#)“ über die soziale Lage in Deutschland im Schatten der Eurokrise. Ständiger Kolumnist bei den Magazinen „[New Europe](#)“ und „[Afrique-L'Europe Express](#)“, [Diario Vea](#) (Venezuela), gelegentliche Beiträge in der [Jungen Welt](#) und [Marx 21](#).

## Werke (Auswahl)

„Wenn der Adler heimlich weint..und die Politiker nicht mehr lachen können“(1988), „Wolken zum Frühstück.“(1990), „Das Märchen von 'Stiller Fluß' – vom Geheimnis des nächsten Jahrtausends“(1991), „Kommunisten Schnarchen nicht“ (1992), „Als in China das erste Mal ein Sack Reis umfiel“ (1995), „The Verdict - when a state is hijacked” – Germany’s Kosovo & Afghanistan – engagement (2002), “[Waiting for the new Führer – Germany’s Euro-Apartheid](#)” (2003), “[Under Attack - Morning Dawn in Venezuela](#)” (2004), [Aló Presidente](#) (Buch mit Sahra Wagenknecht über Präsident Chávez in Edition Ost), “[All the Ice of Africa](#)” (2005), “The Daughters of the Fisherman of Rio Chico” (2006), “De-Mock-Crazy - the Information Age is over!” (2007), “[Hardcore Europe](#)” (2008), “[The Shadow Commission: News from the Land without Opposition.](#)” (2008), “[If the World was a bank it had been rescued](#)” (2009), “[Germany after Capitalism - The Wagenknecht-Doctrine](#)” (2012)

## Außerberufliche Aktivitäten:

2003-2006 Gründung und ehrenamtliche Tätigkeit in der Organisation „[Venezuela Avanza](#)“.

2009-2012 ehrenamtliche Tätigkeit für soziale Wasser-Projekte in Argentinien und Südafrikanischen Townships, sowie Gründung der NGO „[ART-AQUA](#)“, die es sich zum Ziel gesetzt hat, dem Klimawandel durch Energie-effiziente Wasser Filter entgegenzuwirken. Mehr Informationen hier:

2011 Mit-Gründer von [Occupy-Bewegungen in Frankfurt/Main](#) und einer der Sprecher von „[Occupy Deutsche Bank](#)“, sowie der Gruppe „Grundgesetzschutz“. Zu meinen wichtigsten Zielen gehört die Vernetzung der außerparlamentarischen Bewegungen mit der Linken in den Parlamenten. Ich bin von Anfang an bei Occupy – Bewegungen aktiv gewesen und habe auch selber Demonstrationen organisiert, so wie am 14.9.2012 in Berlin, als die [ESM-Entscheidung](#) des Bundesverfassungsgerichtes bekanntgegeben wurden.

Mitglied der Partei DIE LINKE zunächst im KV Heidelberg-Rhein-Neckar (BaWü) seit Januar 2011 seit September 2012 in Niedersachsen. [Bundestagskandidat](#) im Wahlkreis 26 (Friesland, Wilhelmshaven, Wittmund) 2013. [Erststimmen: 5,1%](#) (Landesdurchschnitt 4,3%), Zweitstimmen 5.1%, (Durchschnitt 5.0 %), im Land Niedersachsen das fünftbeste Ergebnis und deutlich oberhalb des Erststimmenergebnisses der Spitzenkandidaten.

Als Undercover-Journalist Recherchen Anfang der 90er Jahre in Hannover gegen die Vernetzung von Finanzmafia und Politik und brachte dies 1994 zur [Anzeige](#), landete aber selber im Gefängnis.

Noch immer werden von rechter Presse falsche Darstellungen wie kurz vor der Wahl in der Springer Presse [aufgebauscht](#). Die Hetzkampagne gegen Sahra Wagenknecht und mich entstammte der ultra-rechten Szene, wie „Spiegelfechter“ nachweist. So hatte der Autor des Welt-Artikels auch beim braun angehauchten Kopp-Verlag veröffentlicht und seine Bücher im Neo-Nazi Blatt „Junge Freiheit“ bewerben lassen. Es ist schon bedenklich, wie viele deutsche Zeitungen ungeprüft Neo-Nazi - Propaganda nachdrucken.

Im [Kern](#) ist jedoch nichts an den angeblichen [Vorwürfen](#) dran. Die „Mollathiesierung“ von uns Regimekritikern gab es auch schon vor 10 und vor 20 Jahren, als es mich betraf. Grund für die Hetzkampagnen waren zwei Umstände: Erstens waren meine Umfrageergebnisse mit 15% der

Erststimmen für die SPD gefährlich, und zweitens hatte ich die Springer Presse öffentlich herausgefordert, wie diese selber bemängelte, indem ich am 27. Juli 2013 als einziger LINKE-Redner auf der „[Stop Watching Us!](#)“ – Demo in Berlin die Enteignungsforderung gegenüber Springer erneuert.

Den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück [konfrontierte](#) ich 6 Tage vor der Wahl mit seiner Rolle bei der Einführung von Leiharbeit, Hartz IV, Werkverträgen, sowie Finanzmarktderegulierungen und den CUM-EX - Geschäften, die dem deutschen Steuerzahler einen Schaden in Höhe von 8,5 Milliarden Euro beschert haben und für die Steinbrück offensichtlich von derselben Bankenlobby mit Honoraraufträgen belohnt wurde, deren Gesetzesentwürfe er zuvor übernommen hatte.